

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1900

15.12.1900 (No. 344)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 15. Dezember.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Regenspostexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Zig.“ — gestattet.

Nr 344.

1900.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 30. November d. J. gnädigst geruht, an Stelle des zum Landeskommissar für die Kreise Freiburg, Offenburg und Lörrach ernannten Geheimen Ober-Regierungsraths Föhrenbach, den Landeskommissar für die Kreise Karlsruhe und Baden, Geheimen Ober-Regierungsrath Otto Braun zum Mitglied des Kompetenzgerichtshofs zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 30. November d. J. gnädigst geruht, nach erfolgtem Einverständnis mit dem Erzbischöflichen Ordinariat den Steuerkommissar Heinrich Kirchgäßner, in Waldshut unter Verleihung des Titels „Kirchensteuerinspektor“ zum Vorstand der allgemeinen katholischen Kirchensteuerkasse zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 4. Dezember l. J. gnädigst geruht, den Amtsvorstand Geheimen Regierungsrath August Brecht in Schwellingen zum Vorsitzenden des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung in Mannheim und den Oberamtmann Karl Reinhard in Baden zum Vorsitzenden des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung in Freiburg zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 10. bezw. 11. Dezember l. J. gnädigst geruht, in gleicher Eigenschaft zu versehen:
den Amtsvorstand Oberamtmann Karl Meyer in Bonndorf nach Wolfach,
den Amtsvorstand Oberamtmann August Wendt in Buchen nach Schwellingen,
den Amtsvorstand Oberamtmann Otto Flad in Wolfach nach Donaueschingen;
zu ernennen:

den Amtmann Dr. Julius Holderer in Heidelberg zum Oberamtmann mit den Bezügen eines Amtsvorstands,
den Amtmann Dr. Hermann Kiefer in Dreifach zum Oberamtmann und Amtsvorstand,
den Amtmann Oskar Schäfer in Mannheim und den Amtmann Dr. Peter Gällich, Hilfsarbeiter im Ministerium des Innern, zu Oberamtmännern mit den Bezügen von Amtsvorständen;

ferner in gleicher Eigenschaft zu versehen:
den Amtmann Dr. Otto Seidenadel in Karlsruhe nach Buchen,
den Amtmann Dr. Karl Baur in Heidelberg nach Bonndorf,
den Amtmann Friedrich Heß in Waldshut nach Heidelberg und
den Amtmann Max von Sulat-Wellenburg in Konstanz nach Freiburg;

unter Ernennung zu Amtmännern als Beamte beizugeben:
den Sekretär des Oberschulraths Max Zöllner dem Bezirksamt Mannheim,
den Referendar Dr. Martin Hartmann von Baden dem Bezirksamt Karlsruhe,
den Referendar Karl Terrenner von Pforzheim dem Bezirksamt Konstanz,
den Referendar Dr. August Pfähler von Karlsruhe dem Bezirksamt Waldshut und
den Referendar Max Heß von Karlsruhe dem Bezirksamt Baden.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 10. Dezember l. J. gnädigst geruht, den Referendar Alfred Tritscheler von Karlsruhe unter Verleihung des Titels als „Amtmann“ zum Sekretär der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues zu ernennen.

Durch Entschließung des Ministeriums des Innern vom 11. Dezember 1900 wurde Revident Karl Münchbach bei der Landesversicherungsanstalt Baden zum Revisor ernannt.

Durch Entschließung des Großh. Ministeriums des Innern vom 6. Dezember 1900 wurde Registraturassistent Martin Kayser beim Großh. Verwaltungshof seinem Ansuchen entsprechend unter Anerkennung seiner langjährigen, treuen Dienste in den Ruhestand versetzt.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 4. Dezember d. J. wurde Stationsverwalter Heinrich Reber in Ottersweier unter Ernennung zum Betriebssekretär zur Centralverwaltung versetzt.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 7. Dezember d. J. wurde Stationsverwalter Theodor Krummel in Untergrombach unter Ernennung zum Betriebssekretär zur Centralverwaltung und Stationsverwalter Christian Dittes in Eubigheim nach Untergrombach versetzt.

Nicht-Amtlicher Theil.

Badischer Landwirtschaftsrath.

© Karlsruhe, 13. Dezember.

Zweiter Tag (Schluß.)

Deconomierath Frank berichtet über die Frage der Organisation des Landwirtschaftsraths. In der Ersten Kammer ist seitens der Herren v. Bodman, Scipio und v. Göler i. Z. der Antrag eingebracht worden, die Organisation des Landwirtschaftsraths durch einen ständigen Ausschuss mit einem Bureau zu erweitern, zum Zwecke einer eingehenden Beratung der dem Landwirtschaftsrath zu unterbreitenden Beratungsgegenstände. Er mit dem Correspondenten sei der Ansicht, daß die Erweiterung nach seiner Richtung notwendig sei. Derselbe habe auch stets Gelegenheit gehabt, sich mit den einzelnen Beratungsgegenständen zu befassen. Er stelle deshalb den Antrag, der Landwirtschaftsrath wolle den Anregungen der Abgg. v. Göler und Gen. keine weitere Folge geben. Mühlensbesitzer Dreher hebt hervor, daß das Endziel des Herrn v. Göler dahin gehe, den Landwirtschaftsrath abzuschaffen und eine Landwirtschaftskammer einzuführen. Diesen Weg könne er aber nicht machen, weder Bayern, Württemberg noch Elsaß-Lothringen wollen solche Kammer; auch dürfe man die Kosten nicht außer Acht lassen, aus allen diesen Gründen bitte er, dem Antrag zuzustimmen.

Herr v. Göler betont, daß sein Antrag in der Ersten Kammer durchaus nicht irgend welche Spitze gegen eine Person enthalten habe und würde es so aufgefaßt, so könne er dies nur lebhaft bedauern. Ihm habe es sich lediglich um eine weitere Ausgestaltung des Landwirtschaftsraths gehandelt, die auch der Minister Eisenlohr in der Ersten Kammer anerkannt habe. Er habe sich auch bereit erklärt, mitzuwirken, wenn es sich darum handle, den Landwirtschaftsrath aktionsfähiger zu machen. Aber auch der Regierung würde durch solch einen Ausschuss mehr gebient sein und zwar in seiner Eigenschaft als Rath der Regierung. Ein solcher Ausschuss würde aber auch die Interessenvertretung der Landwirtschaft aktionsfähiger machen. Bei den Bezirksvereinen mache sich eine gewisse Ermüdung der Interessenreue geltend. Er stehe auf dem Standpunkt der Landwirtschaftskammer, die mit der Zeit auch kommen werde, wobei er auch einschließen bestreite, daß sie die Landwirtschaft irgendwie petulär belasten werde.

Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Dr. Schenkel ergreift das Wort zu etwa folgenden Ausführungen:

Gestatten Sie mir einige Worte, die auch geeignet sein dürften, die Diskussion abzukürzen. Ich habe gleichfalls der Sitzung der Ersten Kammer angewohnt, in welcher die Anregung zu den jetzigen Verhandlungen gegeben wurde. Auch ich habe den Eindruck gehabt, daß das, was Herr Frhr. v. Göler in jener Sitzung organisatorisch angeregt hat, in keiner Weise eine persönliche Spitze gegen den Herrn Präsidenten Klein haben sollte; und ich habe den weiteren Eindruck gewonnen, daß, wenn mein Herr Vorgänger in der gleichen Sitzung der Ersten Kammer anerkannte, es liege ein gewisses Bedürfnis nach einer Ausgestaltung des Landwirtschaftsraths im Sinne der Einführung von Ausschüssen vor, er der jetzigen Geschäftsführung des Präsidenten Klein, die immer als vortrefflich anerkannt wurde, einen Vorwurf nicht habe machen wollen. Es ist ja bekannt, daß derartige Anregungen organisatorischer Art leicht so aufgefaßt werden, als ob sie die leitenden Personen treffen sollten und es ist daher dem Herrn Präsidenten Klein eine solche Auffassung nicht zu verübeln. Nachdem er aber heute von Herrn v. Göler und mir selbst gehört hat, eine persönliche Spitze sei in keiner Weise gegen ihn vorhanden gewesen, und er des Vertrauens von Allen aufs Neue versichert worden ist, so wird, glaube ich, Präsident Klein diese Angelegenheit nicht mehr von dieser persönlichen Seite aus auffassen.

Was den Verhandlungsgegenstand selbst angeht, so möchte ich Sie bitten, nicht zu tief in die Beratung der Sache einzutreten. Sie kann überhaupt jetzt nicht eingehend verhandelt werden; denn es ist heute ein Theil der Frage, nämlich die Bildung eines Ausschusses beim Landwirtschaftsrath, und nicht auch die damit in Zusammenhang stehende und von Frhr. v. Göler in der Ersten Kammer und heute wieder angeregte Frage, ob nicht eine Landwirtschaftskammer errichtet werden soll, zur Erörterung angelegt. Ich kann dem Landwirtschaftsrath versichern, daß die Regierung, auch wenn der Anregung des Herrn v. Göler hier keine Folge gegeben, somit der von den Bericht-

erstatter gestellte Antrag angenommen wird, doch noch im Verlaufe des nächsten Jahres die Frage nach einer etwaigen weiteren Ausgestaltung des Landwirtschaftsraths in eingehende Erwägung ziehen wird.

Ich muß zugeben — der Landwirtschaftsrath tritt in der Regel jedes Jahr nur einmal zusammen, — daß in der Zwischenzeit zuweilen dringliche Fragen, welche die landwirtschaftlichen Interessen betreffen, an die Regierung zur Erledigung herantreten, bei denen sie gern das Urtheil wenigstens eines kleineren Kreises von sachverständigen Männern aus dem Landwirtschaftsrath hören möchte. Es würde sich deshalb wohl empfehlen, wenn schon durch die Organisation des Landwirtschaftsraths die Möglichkeit geboten wäre, solche engeren Ausschüsse oder Kommissionen, gebildet aus den für die konkrete Frage besonders sachverständigen Mitgliedern des Landwirtschaftsraths, zusammenzurufen. Es braucht dies nicht ein Ausschuss zu sein, der ein für alle Male zusammengesetzt ist, sondern man würde wohl zweckmäßiger für die oder jene Frage je nach Bedarf fliegende Kommissionen bilden. Doch ist die Frage noch nicht so geklärt, daß man heute schon einen bestimmten Beschluß fassen könnte. Die zweite Frage ist die: soll der Landwirtschaftsrath der auf einer Verordnung beruht, auf Grund eines Gesetzes in eine Landwirtschaftskammer umgestaltet, soll er auf eine dauernde, gesetzliche Grundlage gestellt werden? Nachdem man es für wünschenswerth gehalten, einerseits für die Industrie und den Großhandel, andererseits für das Handwerk gesetzliche Interessenvertretungen in Gestalt der Handelskammern und der Handwerkskammern zu organisieren, so fragt es sich, ob man nicht auch dazu schreiten sollte, die landwirtschaftliche Interessenvertretung, damit sie ein für allemal fest und dauernd geordnet sei, ebenfalls auf die Grundlage eines Gesetzes zu stellen. Ich meine, es liegen manche Gründe vor, diese Frage zu bejahen. Etwas Anderes aber ist es, wie diese Kammer gestaltet werden soll und welche Befugnisse ihr zugewiesen werden sollen. Man kann dieselbe gestalten wie den Landwirtschaftsrath, der eine b e g u t a c h t e n d e Stellung einnimmt, oder wie die preussischen Landwirtschaftskammern, die bekanntlich auch die landwirtschaftlichen Angelegenheiten der Provinz verwalten und zu diesem Zweck mit erheblichen Geldmitteln ausgestattet sind. Ob die Einrichtung auch im Sinne der Verwaltung bei uns auszugestalten ist, scheint mir sehr zweifelhaft. Es wäre vielmehr im Falle gesetzlicher Regelung eine Landwirtschaftskammer nach meiner Ansicht in erster Linie in Betracht zu ziehen, die nach dem Muster des Landwirtschaftsraths ein b e r a t h e n d e und b e g u t a c h t e n d e Körperschaft hießen sollte, so daß die Regierung nach wie vor die Verwaltung der landwirtschaftlichen Interessenvertretung in der Hand behalten würde. Insbesondere halte ich es auch für nicht unbedenklich, wenn in der Landwirtschaftskammer ein weiteres Organ mit dem Rechte der Steuererhebung geschaffen würde. Das würde ich mir dann für angemessen erachten, wenn ich von sehr erfahrenen Männern die Zusicherung erhielte, daß eine solche Maßnahme ein Bedürfnis sei und draußen in der Bevölkerung keine Mißstimmung hervorrufen werde.

Die Sache ist noch nicht geklärt; ich würde Ihnen dankbar sein, wenn Sie darüber heute nicht weiter sprechen würden und zu der Regierung das Vertrauen hätten, daß dieselbe die Frage reiflich erwägen und nichts thun wird, ohne den Landwirtschaftsrath oder einen aus sachverständigen Mitgliedern desselben gebildeten Ausschuss gehört zu haben. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Klein wendet sich nochmals gegen Frhr. v. Göler, der trotz aller Versicherungen es doch nicht verstanden, das Persönliche ganz auszuschließen. Derselbe hätte in der Ersten Kammer vorzichtiger vorgehen sollen.

Frhr. v. Göler weist diesen Vorwurf zurück und bemerkt, daß die Regierung ihn zum Vizepräsidenten dieser Körperschaft berufen; werde der Vorwurf aufrecht erhalten, so werde er die Konsequenzen daraus ziehen.

Präsident Klein bemerkt demgegenüber, daß er der Ersten Kammer keine Vorschriften zu machen berechtigt sei; er habe nur gesagt und sei noch jetzt der Meinung, man hätte diese Angelegenheit hier vorbringen sollen, damit Frhr. v. Göler sich hätte verteidigen können.

Schließlich wird über die Anregungen des Frhr. v. Göler mit allen Stimmen gegen die des Herrn Wulle zur Tagesordnung übergegangen und die Sitzung nach 3 Uhr geschlossen.

© Karlsruhe, 14. Dezember.

Dritter Tag.

Präsident Klein eröffnet nach 1/10 Uhr die Sitzung. Derselbe gibt ein Schreiben des Frhr. v. Göler an den Präsidenten des Ministeriums des Innern bekannt, in welchem v. Göler den Herrn Minister bittet, ihn von der Stellung eines Vizepräsidenten zu entheben. Der Herr Präsident des Ministeriums, so wird in dem Schreiben ausgeführt, sei gestern Zeuge gewesen, wie der Präsident Klein ihm wiederholt eine Rüge erteilt und seine Ausführungen in der Ersten Kammer als unvorsichtige be-

zeichnet habe. Obwohl er denselben nahegelegt, diese Anordnungen zurückzunehmen, sei dies nicht geschehen, so daß er um Enthebung von seiner Stellung bitte.

Präsident Klein führt hierzu aus, er selbst habe es lebhaft bedauert, daß diese Differenzen hier entstanden und er bedauere auch, daß dieselben zu diesem Entschlus geführt. Er sei sich bewußt gewesen, Herrn v. Böler nicht persönlich angegriffen zu haben und er habe auch anerkannt, daß Herr v. Böler nicht persönlich gewesen sei. Wenn Herr v. Böler nochmals eine Prüfung vornehmen würde, so dürfte er zu der Ueberzeugung gelangen, daß von einer Klage seinerseits nicht gesprochen werden könnte.

Präsident Klein erstattet sodann einen Bericht über die Erledigung der Beschlüsse der letzten Tagung, sowie über diejenigen des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Es folgt die Beratung über die Art und Verwendung der Staatsbudget für Förderung der Landwirtschaft genehmigten Mittel.

Gutsbesitzer Brandenburg bittet um Anstellung eines zweiten Landwirtschaftslehrers im Kreise Mosbach und um Errichtung einer zweiten Winterschule.

Da die Kreisversammlung eine solche in Aussicht gestellt, so wird regierungsgünstig erklärt, daß sie einer solchen sympathisch gegenüberstehe.

Bei der Position „Förderung der Pferdezucht“ empfiehlt Prinz Alfred zu Löwenstein Ankauf des besten Zuchtmaterials und höhere Preisnachlässe für die aus Belgien bezogenen Tiere.

Ministerialrat Dr. Krens erklärt, daß die Regierung eine Erhöhung der Kaufpreisnachlässe in's Auge fassen werde.

Abg. Frank betont, daß in der Zweiten Kammer die Ansicht zu Tage getreten sei, die Pferdezucht nach Kräften zu fördern, doch dürfe man nicht vergessen, daß für ein so kleines Land wie Baden eine genügend hohe Summe für diesen Zweck eingestellt sei.

Zum Titel „Förderung der Rindviehzucht“ stellen die Abg. Haller und Brandenburg folgenden Antrag, die staatliche Prämierung von Rindvieh betreffend:

Es seien die Grundbestimmungen für die staatliche Prämierung von Rindvieh dahin abzuändern, daß es im Interesse der Viehzüchter sowohl wie der Aufzucht nur zuchtwürdiger männlicher Zuchttiere gestattet sein soll, ein von einem prämierten Tier gefallenes Ferkel vor der Kontrollvorführung zu kastrieren, daß deshalb die im Vorjahre für das Muttertier zuerkannte Prämie auch in diesem Falle dem Muttertier wieder zuerkannt werden dürfe, sofern aus dem vorgeschriebenen Kalb zu ersehen ist, daß die Aufzucht eine gute war und ist.

Nach längerer Debatte stellen Abg. Frank und Genossen den Antrag:

den vorstehenden Antrag des Bezirksvereins Staufen zurückzustellen und weitere Erfahrungen zu sammeln, nachdem regierungsgünstig die bestehenden Prämierungsbestimmungen als genügend hingestellt werden.

Der Antrag auf Zurückstellung wird angenommen.

Bei den übrigen Positionen werden nur kurze Bemerkungen gemacht.

Abg. Frank hält es zum Schluß für angebracht, dankbar anzuerkennen, was in unserem Staate seitens der Regierung für die Landwirtschaft getan wurde. Baden marschierte in dieser Angelegenheit an der Spitze der deutschen Regierungen; deshalb dürfe man die heutige Beratung nicht abschließen, ohne der Regierung den herzlichsten Dank auszusprechen. (Beifall.)

Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Dr. Schenkel führt zum Schluß der Verhandlungen etwa Folgendes aus:

Ich nehme den Dank, den Herr Frank der Regierung spendet, sehr gerne an, und zwar umso lieber, als er mir nicht gelten kann, da ich erst seit zwei Monaten das Ministerium des Innern leite und noch nicht Gelegenheit gefunden habe, etwas Besonderes für die Landwirtschaft zu thun; aber das darf ich wohl sagen, die dreitägigen Verhandlungen haben in mir den Wunsch rege gemacht, in der gleichen Weise, wie mein Herr Vorgänger, für die Förderung der Landwirtschaft auch thätig sein zu dürfen. (Lebhafte Beifall.) Aber die Regierung ist es nicht allein, sondern es müssen noch andere Faktoren mitwirken, um etwas Gedeihliches zu schaffen: das ist der Landtag, der den auf Förderung der Landwirtschaft gerichteten Anträgen der Regierung stets bereitwillig zugestimmt hat, und das ist der Landwirtschaftsrat, der viele Anregungen gegeben, denen Regierung wie Kammer entsprechen konnten. Zu den letzten Verhandlungen sind verschiedene gesetzgeberische Maßnahmen in Frage gekommen, insbesondere die Festsetzung des Polltarifs. Für die Regierung, die dabei mitzuwirken habe, sei es von großer Bedeutung, die Anschauung der verschiedenen wirtschaftlichen Kreise kennen gelernt zu haben. Gerade die Landwirtschaft ist dasjenige Wirtschaftsgebiet, das die Grundlage unseres Staates und volkswirtschaftlichen Lebens bildet und die Regierung wird darauf zu achten haben, daß die Landwirtschaft bei den jetzigen Handelsverträgen besser weg kommt, als wie vor 10 Jahren. (Lebhafte Beifall.) Ihr Beifall erinnert mich aber auch daran, daß die Regierung daneben aber auch ihre Augen offen halten wird zum Schutze der ihr ebenfalls sehr wichtigen Interessen von Industrie und Handel. Weiter ist in den Verhandlungen auch die Frage angeregt worden, wie der Herabsetzung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes entgegengetreten werden könne. Es wird Sache der Regierung sein, nunmehr näher zu prüfen, ob ein Gesetzesentwurf in diesem Sinne ausgearbeitet werden soll. Andere wichtige Fragen sind erörtert worden, so die Organisation des Landwirtschaftsrats, ferner Maßnahmen und Einrichtungen, welche die Förderung der Landwirtschaft betreffen oder mit ihr zusammen hängen.

Es war erfreulich zu hören, wie so viele von Ihnen als Redner aufgetreten sind und sich nicht bloß sachverständig, sondern auch bündig ausgesprochen haben, so daß wohl Jeder, namentlich aber ich, aus dem Ergebnisse der Verhandlungen mannigfachen Nutzen geschöpft hat. Der eine Mißklang oder das Mißverständnis, das sich zwischen dem ersten Präsidenten und dem Vizepräsidenten gestern ergeben hat, wird, wie ich hoffe, als beseitigt gelten können, da Präsident Klein nach seiner Erklärung nicht beabsichtigt hat, mit dem Wort „unvorsichtig“ dem Herrn v. Böler vorzuwerfen, daß er mit dem Bewußtsein eines verteidigten

Erfolgs seine Anregung wegen organisatorischer Änderungen gegeben hat.

Ich danke Ihnen Allen für die reichen Anregungen und wünsche eine glückliche Heimkehr. (Lebhafte Beifall.)

In einem kurzen Schlusswort dankt Präsident Klein für die reiche Arbeit der Berichterstatter und schließt die Sitzung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf Seine Königliche Hoheit den Großherzog.

Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 13. Dezember.

Abg. Werner (Reform.): Das Fundament worauf der Staat aufgebaut ist, würde untergraben, wenn man die Bauern und den Mittelstand verarmen ließe. Jedenfalls sei es nötig, den Handwerker zu helfen und denselben keine Konkurrenz zu schaffen.

Graf Noon (konf.) polemisiert gegen den Abg. Bebel. Derselbe habe in der unerhörtesten Weise Männer angegriffen, die unverdrossen in ihrem Berufe thätig seien. Dagegen müsse sich das Herz eines jeden empören. Bebel müsse sich schämen, so ungerecht zu sein. (Lärm links. Präsident Graf Balloire erklärt die letzte Bemerkung des Redners für unzulässig.) Abg. v. Noon geht auf die Invalidenpensionsgesetzgebung ein und wünscht, daß der Reichskanzler dafür Sorge, daß noch in dieser Session dem Hause neue Militärversorgungsgesetze vorgelegt werden. Die Pension der Kriegsinvaliden, die ihr Blut vergossen haben für das Vaterland könne nicht verglichen werden mit der Pension eines Zivilisten oder Friedenssoldaten, die ihre Pensionssähigkeit in Ruhe und Frieden erworben haben.

Abg. Siedler führt gegenüber Bebel aus, daß das Verderbliche in den gegenwärtigen gesellschaftlichen Zuständen neben der Herrschaft des Mammon, dem ehrliche Leute durch Bestechung zum Opfer fielen und welchem durch Glücksspiel, Spekulation und Betrügereien nachgejagt werde, die Verachtung der religiösen Gesinnung sei. (Zwischenrufe der Sozialdemokraten, die der Präsident zu unterlassen bittet.) Ich würde es für besser gehalten haben, wenn Graf Posadowsky nicht versucht hätte, die 12 000 Mark-Affaire schöner darzustellen, als sie ist. Jedenfalls herrschte im Reichsamt des Innern die besten Absichten. Der Haß und die Verachtung, die auf der Linken gegen die Agrarier herrschten, seien unerbittlich und unbegründet. Redner betont, er habe auch für die Weizsäcker gestimmt. Jetzt habe er Briefe aus China erhalten, woraus hervorgehe, daß der Grund, weshalb die Kaiserin-Witwe dem regierenden Kaiser so feindlich gesinnt sei, darin liege, daß dieser dem Christentum zugänglich sei. Der Reichskanzler hat neulich vom Gegensatz zwischen Herz und Kopf gesprochen. Der Gegensatz besteht weit mehr zwischen dem Verstand und dem Gewissen. Es wäre gut, wenn trotz des Formfehlers, den Präsident Krüger begangen hatte, man die Sache so arrangiert hätte, ihn doch zu empfangen. Das halte ich für unbedenklich und nützlich für den Zusammenhalt von Volk und Regierung, Kaiser und Nation. Wo es sich um große sittliche Fragen handelt, darf kein stiller Zwiespalt durch das Volk gehen. (Sehr richtig.) Der ganze Kampf ist ein Spott auf die große Politik der christlichen Weltmächte und auf die Haager Konferenz. Diese Gleichgültigkeit gegen Recht und Ungerechtigkeit kann ich nicht billigen. Dies muß unbedingt die Autorität einer christlichen Monarchie schädigen. Ich wünsche, daß Gott dem Reichskanzler die Kraft geben möge, etwas von der christlichen Harmonie in das Konzert der Großmächte zu bringen.

Abg. Müller-Duisburg (nat.-lib.): Zu einer Verständigung über die verschiedenen wirtschaftlichen Einrichtungen über den Zolltarif müsse man gelangen, obwohl es ungeheuer schwer sei, eine richtige Mittellinie zu ziehen. Nicht nur die Arbeitgeber haben ein großes Interesse daran, die Wirtschaftslage in die Höhe zu bringen, sondern auch die Arbeiter.

Abg. Graf Lindow (konf.) führt aus: Die Landwirtschaft verlange nichts Unbilliges. Mit den Maßnahmen der auswärtigen Politik erklärt sich Redner einverstanden. Er meint, wenn Krüger nicht mit politischen Zwecken, sondern als Soldat nach Berlin komme, werde er empfangen werden können.

Abg. Fürst Radziwill (Pole) verteidigt die Haltung des Erzbischofs Stabilewski in der Meinerger Wahlangelegenheit. Hieraus folgen verschiedene Geschäftsordnungs- und persönliche Bemerkungen.

Die wichtigsten Theile des Etats werden der Budgetkommission überwiesen.

Der Reichstag vertagt sich sodann wie schon gemeldet auf den 8. Januar 1901. Tagesordnung Urheberecht.

Der Präsident wünscht den Mitgliedern ein frohes Fest. Schluß halb 5 Uhr.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 14. Dezember.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfing heute Vormittag im Schloß Baden den Präsidenten Dr. Nicolai zur Vortragsvermittlung. Nachmittags setzte der Präsident seinen Vortrag fort und kehrte hierauf nach Karlsruhe zurück.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, den mit der Verwaltung der Hofdomäne Scheidehardt betrauten Otto Langenstein zum Gutsverwalter zu ernennen.

** Es ist neuerdings mehr als früher Gebrauch geworden, nicht nur amtliche, sondern auch Privatgebäude durch Anbringung von Wappen des Reiches, einzelner Bundesstaaten und Städte zu schmücken. Leider werden dabei seitens der Bauleitungen vielfach die Gesetze der Heraldik und Epigraphik außer Acht gelassen und Wappen angebracht, die sowohl in der Zeichnung als auch bezüglich der Farben durchaus unrichtig sind, auch neue amtlich erfolgte Verleihungen, Verbesserungen oder Nichtigstellungen von Wappen völlig außer Betracht lassen.

Dem gegenüber weisen wir darauf hin, daß im Großh. Generalandesarchiv in Karlsruhe ein heraldischer Zeichner, Herr Fritz Held, angefertigt, der sich in erster Reihe mit der Zeichnung korrekter Siegel und Wappen der badischen Städte und Landgemeinden zu befassen hat, aber auch in der Lage ist, an der Hand des sehr reichen literarischen Materials aus dem Gebiete der Siegel- und Wappenkunde, welches sich im Generalandesarchiv befindet, über Wappen anderer Staaten und außerbadischer Städte und kleinerer Gemeinden Aufschluß zu geben.

Es empfiehlt sich daher für Personen, welche Auskunft über die richtigen Formen und Farben von Wappen wünschen, insbesondere auch für Architekten und Dekorateur, sich nicht damit zu begnügen, ältere, nicht auf Grund urkundlichen Materials

festgestellte Wappentafeln und dergl. zu Rathe zu ziehen, sondern sich mit bezüglichen Anfragen an das Großh. Generalandesarchiv in Karlsruhe zu wenden, wo diese bereitwillig beantwortet werden.

§ (Großherzogliches Hoftheater.) In der gestrigen Vorstellung der „Journalisten“, die hier schon wiederholt den Probieren für auswärtige Gäste gebildet haben, spielte Fräulein Alice Hempel vom Stadttheater in Erfurt die Adelheid Berner, zwar nicht mit durchschlagendem Erfolg, aber doch bei freundlicher Anerkennung seitens des Publikums. Wir sind hier an die sympathische lebenswürdige Adelheid gewöhnt, wie sie Frau Gerhäuser's seltsame Darstellungsweise gestaltet und stellen daher gerade an diese Rolle besonders hohe Anforderungen. Daß es Fräulein Hempel auch unter diesen erschwerten Umständen gelungen ist, einen relativen Erfolg zu erzielen, verdient immerhin Beachtung zu werden. Die Dame hat sicher Talent und Routine und, soweit sich das nach einmaligem Auftreten beurtheilen läßt, auch das nötige Temperament, zu größerer Kraftentfaltung. Hierzu gesellen sich die früheren Vorzüge einer stattlichen Gestalt und gefälliger Bewegung. Wohl das Bestreben, ihrer Sprache möglichst viel Ausdruck zu geben, veranlaßte Fräulein Hempel zu gar zu prononcierter Hervorhebung einzelner Worte, wodurch ihr Spiel etwas gekünstelt erschien. Im übrigen hatte die untergeordnete Wirkungskraft der „Journalisten“ wieder den altgewohnten Erfolg. Besonders war Herr Wasserhagen ein ganz hervorragender Schmod und Herr Herz ein herzerfrischender Bolz.

* Von der Generaldirektion des Großh. Hoftheaters wird uns zur Veröffentlichung mitgeteilt: Am Samstag, den 22. Dezember werden zum ersten Male in Karlsruhe Voltaire's Charakterlustspiele „Die Schule der Gemäuer“ und „Die Schule der Frauen“, beide in den neuen Uebersetzungen von Ludwig Fulda in Scene gehen. Die Hauptrollen der beiden Stücke liegen in den Händen der Damen Genter, Müller und der Herren Wasserhagen, Reiff, Marx, Kempf, Höcker, Gerasch. Am Donnerstag, den 20. Dezember wird eine Vorstellung von Sudermann's „Schmetterlingsflucht“ stattfinden. In der Oper gelangt am Sonntag, den 16. Dezember „Karmen“, am Dienstag, den 18. Dezember „Eggar und Zimmermann“, am Freitag, den 21. Dezember „Die Nachtwandlerin“ und am Sonntag, den 23. Dezember als Weihnachtsvorstellung „Sänfel und Gretel“ und „Die Pupp' nsee“ zur Aufführung.

* (Großherzogliches Konservatorium für Musik.) Das dritte Vorpil (Ausbildungsklassen) fand am Donnerstag den 13. Dezember 1900, Abends 7 1/2 Uhr im Konzertsaal der Anstalt statt. Das nächste Vorpil (Vorbereitungsklassen) wird Dienstag den 18. Dezember Abends 7 1/2 Uhr im Konzertsaal veranstaltet.

* (Städtische Wahlen.) Bei der durch den Bürgerausschuß vorgenommenen Ergänzungswahl des Städtischen Rates der A. Schrempff'schen Arbeiterkassette wurde Herr Professor Dr. Goldschmidt mit 100 Stimmen bis 1903 gewählt. — Bei der Neuwahl eines Mitgliedes des Verwaltungsrates der Karl Friedrich-Vereinigung wurde mit sechsstimmiger Amtsbauer Herr Stadtpfarrer und Geistlicher Rath Anton Knörzger gewählt. — Bei der Ergänzung an Stelle des mit Tod abgegangenen Herrn Stadtraths Adolf Rubin wurde Herr Dr. Karl Heinrich Eitel, Apotheker zum Mitglied des Stadtraths mit 100 Stimmen bis zu dem im Jahre 1902 stattfindenden Gemeindevorstand gewählt.

□ Mannheim, 13. Dez. In der letzten Bürgeraus-schuss-sitzung wurde der Antrag des Stadtraths auf Bewilligung von etwa 523 000 M. zur Bormahme von Umbauten im hiesigen Hoftheater und zur Errichtung einer eisernen Bühne beraten. Dabei wurde die Ansicht zum Ausdruck gebracht, daß man in das alte Gebäude nicht mehr so viel Geld stecken, sondern an den Neubau eines Theaters herantreten solle, der, wie von Bürgermeister Martin mitgeteilt wurde, etwa vier bis fünf Millionen Mark kosten würde. Die Mehrtheit des Bürgerausschusses entschied sich für die Bewilligung der Mittel zur Errichtung einer eisernen Bühne, lehnte dagegen die Mittel für einen Umbau des Zuschauerraumes ab. Wenn auch der Antrag, sofort einen Theaterneubau in's Auge zu fassen, abgelehnt wurde, so waren doch alle Redner darin einig, daß der Theaterneubau zwar auf einige Jahre verschoben, aber nicht umgangen werden könne. Eine längere Debatte entspann sich weiter über die Vorlage des Stadtraths wegen Verbesserung der Wohnverhältnisse der städtischen Arbeiter. Es handelt sich um eine Mehrtausgabe der Stadt von jährlich 128 000 M. Die Vorlage wurde schließlich angenommen.

* Willingen, 13. Dez. Der Verbandsvorstand der oberbadischen Zuchtviehgesellschaften legte seine heutige Sitzung beschließen, die Ausstellung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Halle a. d. Saale mit einer Kollektion zu befehlen.

□ Vom Bodensee, 14. Dez. In den letzten Tagen hat der Massenfang von Blaufelchen auf dem Bodensee begonnen, der bei der gegenwärtig ruhigen Witterung einen recht günstigen Erfolg verspricht. Auf der Höhe von Langenargen befinden sich gegen 60 Boote, deren Zusaffen mit dem Fang beschäftigt sind. Gegen 1 000 Stck sind an die Fischhandlung von A. Langenstein abgeliefert worden und für die nächsten Tage hofft man, wenn der See seinen ruhigen Charakter behält, auf einen noch viel reicheren Fang. — Die landwirtschaftliche Kreiswinterschule in Radolfzell wird von 28 Schülern besucht. Die Kreisbauhaltungslehre dabei ist mit 26 Schülern vollbesetzt. Viele Anmeldungen mußten zurückgewiesen werden. Der dieswöchentliche Obstmarkt in Ueberlingen war mit 100 Zentner Obst (zumieist Tafelobst) befaßt, welches einen reichen Absatz fand.

** Landwirtschaftliche Besprechungen und Versammlungen.

Sonntag, 16. Dez. Landwirtschaftliche Besprechungen in Rahlspüren i. Gg., Tingen, Burgweiler, Theningen, Reisch, Elsen, Oberhausen und Dallau; Landwirtschaftliche Ortsversammlung in Gengenbach; Außerordentliche Generalversammlung des ländlichen Kreditvereins in Flehingen; außerordentliche Generalversammlung des ländlichen Kredit- und Sparvereins in Steißlingen.

Die Amnestievorlage in der französischen Kammer.

(Telegramme.)

* Paris, 13. Dez. Deputirtenkammer. Bazille bekämpft die Amnestievorlage, da er die Durchsicht des Dreifus-Prozesses verhinere. (Widerpruch der Rechten.) Paurquery befehmortet die Annahme der Vorlage, die eine Verurteilung herbeiführen würde. (Beifall.) Der Sozialist Breton ruft durch einen Angriff auf du Paty de Clam und General Goussier eine lebhaftere Erregung hervor. Er beschuldigt ferner General Billot und Méline trotz ihrer Ablehnung, die Fälschung Henry's begangen zu haben.

Méline erhebt hiergegen Einspruch und erklärt: General Billot hat seine Pflicht gethan, indem er dem Gesetze Achtung verschaffte. (Beifall in der Mitte.)

Drillon: Als ich die Fälligkeit Henry's erkannte, entschied ich, daß die Durchsicht des Prozesses Drejus nötig sei, und rechne es mir zur Ehre an, diese Entscheidung getroffen zu haben. (Beifall links.) Hierauf greift Breton den General Mercier an. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Méline erklärt, es sei nicht richtig, daß General Billot Eiferhoh geschickt habe; ebenso sei falsch, daß er eine Verurteilung Henry's gefällig habe. Es sei zu verstehen, daß die Durchsicht des Prozesses Drejus eingeleitet worden sei, sobald die Fälligkeit bekannt geworden sei. Das Gericht habe sich über die Drejus-Angelegenheit ausgesprochen. Die Angelegenheit dürfte deshalb nicht wieder aufgerollt werden. Das Land würde das nicht dulden. (Beifall im Centrum.)

Willeboye spricht sich gegen die Amnestie aus, weil sie die vom Staatsgerichtshof Beurteilten ausschließt.

Ministerpräsident Waldeck-Rousseau erklärt, die Kammer habe abgelehnt, diese Beurteilten zu amnestieren. Was die Drejus-Angelegenheit betreffe, habe die Kammer den Wunsch bezeugt, daß sie für immer erledigt sei. Nach der erfolgten Verurteilung, in der die Regierung eine Wahrheit gesehen, habe die Regierung an die Zukunft gedacht und die Amnestievorlage eingebracht, um neue Zwistigkeiten zu verhindern. (Beifall.)

Bei der Abstimmung wird Artikel 1 der Amnestievorlage mit 329 gegen 244 Stimmen angenommen. Dieser Artikel verfügt die unbefristete Amnestie für alle mit dem Drejushandel verknüpften Thatfachen, die sich vor der Veröffentlichung des gegenwärtigen Gesetzes zugetragen und feinen endgültigen gerichtlichen Abschluß vor dieser Veröffentlichung gefunden haben. Die Billigkeit wegen dieser Thatfachen kann nur vor der Zivilgerichtsbarkeit anhängig gemacht werden, selbst wenn das strafrechtliche Verfahren schon eingeleitet ist, und zwar ohne daß man die Klagen auf Grund des Artikels 48 des Gesetzes vom 29. Juli 1881 abweisen könnte.

Ebenso wird der Änderungsantrag, der die als Verräter und Spione Beurteilten von der Amnestie ausschließt, mit 296 gegen 248 Stimmen angenommen und die Weiterberatung auf Montag vertagt.

Paris, 14. Dez. Die radikalen Blätter sprechen ihre Befriedigung über den Verlauf der gestrigen Amnestie-Debatte aus, welche eine Genugthuung für das öffentliche Gewissen bilde. — Die nationalistischen Blätter fordern die regierungsfreundlichen Deputierten, welche für den § 1 der Vorlage gestimmt haben, auf, gegen die gesammte Vorlage zu stimmen.

Die Vorgänge in China.

(Telegramme.)

London, 13. Dez. Dem Parlament sind heute die Schriftstücke über die zwischen Deutschland und England getroffene Abkommens vom 16. Oktober 1900 getroffene Abkommen zugegangen. In den ersten beiden Depeschen machen Salisbury und Salisbury Mitteilung von der Zustimmung ihrer Regierungen zu dem Abkommen. Die übrigen Depeschen enthalten die Antworten Russlands, Oesterreich-Ungarns, Japans, Frankreichs, Italiens und der Vereinigten Staaten auf die Notifikation des Abschlusses des Abkommens. Alle stimmen dem in dem Abkommen zum Ausdruck gebrachten Grundsätzen zu, und Japan und Italien erklärten, ihm formell beizutreten. Die Vereinigten Staaten nahmen die ersten beiden Klauseln an, drücken hinsichtlich der dritten aber ihre Meinung nicht aus. Frankreich nimmt von dem Abkommen Notiz, stimmt den Prinzipien, die es selbst zur Grundlage seiner Politik gemacht habe zu, sagt jedoch, daß Frankreich, wenn das Prinzip der Integrität Chinas durchbrochen werde, den Umständen gemäß handeln würde, um seine Interessen und Vertragsrechte zu schützen. Rußland stimmt in seiner Antwort den beiden ersten Klauseln zu, sagt aber hinsichtlich der dritten Klausel daß jede Verletzung der Integrität Chinas Rußland zwingen würde, seine Haltung zu modifizieren. Japan sagt in seiner Antwort, daß es nicht zögere, seinen formellen Beitritt zu erklären, nachdem es von den kontrahierenden Mächten die Zusicherung erhalten habe, daß Japan, wenn es beitrete, in derselben Lage sei wie die Signaturmächte.

London, 13. Dez. „Daily News“ melden aus Shanghai vom 14. d. M.: Der hiesige britische Generalkonsul ist der Ansicht, daß die Vizekönige des Jungtseegebietes einen großen Einfluß auf Kaiserlichen Hofe gewinnen. Dieselben haben ihre Truppen zum Schutze des Kaisers entsandt. Dies wird dazu beitragen, ihren Einfluß zu einem vorherrschenden zu machen. Auch der Umstand, daß Tungjubiang nicht mehr in Singanfu ist, spricht für eine Besserung der Lage.

Washington, 14. Dez. Einer hier eingegangenen Meldung zufolge fanden die Verhandlungen der Mächte über die in China zu richtende gemeinsame Note einen befriedigenden Abschluß. Alle Regierungen einigten sich über den Text der Note. Es heißt: die China gestellten Bedingungen laufen auf das hinaus, was der Reichskanzler am 19. November im Deutschen Reichstage skizzierte, jedoch sei die Wendung von der décision irrévocable gestrichen worden.

Peking, 14. Dez. Die Tientsin-Shanghai-Eisenbahn beabsichtigt Rußland an die Verbündeten anzuliefern. Die Zurückziehung der Truppen soll noch vor dem russischen Neujahr erfolgen. Im allgemeinen Interesse der Verbündeten sei es wünschenswert, daß Graf Waldersee ihre Erfahrungen benutze und die Wiederherstellung sowie den Betrieb der Bahn in ihre

Hände lege. Im Norden der Großen Mauer behalten die Russen die Niutschwang-Eisenbahn so lange bis die Regelung der Ersatzansprüche beendet ist.

Peking, 14. Dez. Die „Times“ melden vom 11. Dezember: Zum zweitenmale hat Rußland den Grafen Waldersee offiziell in Kenntnis gesetzt, daß es alle russischen Soldaten aus Petchili zurückziehen werde.

Shanghai, 14. Dez. Einem Telegramm des Londoner „Standard“ vom 12. Dezember zufolge erhielt Schanghaier die Mitteilung, die Kaiserin-Witwe habe sich mit folgenden Friedensbedingungen einverstanden erklärt: Baldige Rückkehr des Hofes nach Peking. Zahlung einer Entschädigung von 40 Millionen Pfund, Halten einer Schutztruppe von 2000 Mann für jede fremde Gesandtschaft, Einsetzung von je einem fremdländischen Berater für jede Provinz des chinesischen Reiches.

Berlin, 14. Dez. In der Stadt Kiautschou wurde ein deutsches Postamt errichtet.

Songkong, 13. Dez. Reutermeldung. Aus Canton wird gemeldet: In der Nähe von Hoi-an am Westflusse fiel von einem Passagierdampfer ein Mann über Bord. Die Passagiere drängten nach der einen Seite des Dampfers. Dieser schlug um. Von 400 Personen ertranken über 200.

Neuere Nachrichten und Telegramme.

Hannover, 13. Dez. Seine Majestät der Kaiser traf um 2 Uhr hier ein und fuhr alsbald nach dem Schlosse. Seine Majestät begab sich sodann zu Pferde nach dem Waterloo-Platze, wo die Garnison in Parade stand. Nach der Abnahme der Parade kehrte der Kaiser in das Schloß zurück, wohin die Spitzen der Militär- und Zivilbehörden zum Diner geladen waren. Der Kaiser wurde von der Volksmenge überall jubelnd begrüßt. Prinz Rupprecht von Bayern traf Nachmittags nach 3 Uhr hier ein.

Hannover, 14. Dez. Seine Majestät der Kaiser besuchte gestern Abend das königliche Theater und wurde bei seinem Erscheinen mit lebhaften Hochrufen begrüßt. Auch Prinz Rupprecht von Bayern war anwesend. Nach dem Theater begab sich der Kaiser zum Kommandeur seines Ulanenregiments Oberstleutnant v. Heyden-Lendel. Der Kaiser hat seinem Regiment ein Gemälde von Rossak überreichen lassen, welches den Augenblick darstellt, wo der Kaiser seine Ulanen auf der Wahrwalder Heide bei Hannover zur Attaque führt.

Kiel, 14. Dez. Die zurückgekehrten Chinalkrieger sind heute Mittag nach Wilhelmshafen abgefahren, um gemeinsam mit den dort verbliebenen Mannschaften des Transportdampfers „König“ die Reise nach Berlin anzutreten.

Budapest, 13. Dez. Abgeordnetenhaus. Im Verlaufe der Beratung über die Indemnitätsvorlage erklärt der Ministerpräsident gegenüber der Behauptung des Abg. Gabriel Ugron, daß Oesterreich-Ungarn innerhalb des Dreibundes nichts bedeute, daß es von Deutschland bloß ausgenutzt werde und daß das Bündnis den Interessen der Monarchie nicht entspreche, für total falsch. Das stehe auch im ekklatanten Widerspruch mit allen seit Jahrzehnten erfolgten Kundgebungen und Willensäußerungen der ungarischen Nation. Ebenso falsch wie die Behauptung, daß wir von Deutschland ausgenutzt werden, ist die Ansicht Ugrons, daß wir von Deutschlands Gnaden in den Dreibund aufgenommen sind. Innerhalb des Dreibundes besteht volle Parität in dem Sinne, daß jeder Bundesgenosse soviel Geltung besitzt, als er Macht in die Waagschale wirft. Die Interessen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands haben das Bündnis geknüpft. Die Gefühle der Völker haben es befestigt. Es ist nicht voranzusetzen, daß in absehbarer Zeit ein Interessenkonflikt entstehen sollte. Jede andere Kombination, die etwa Ugron vorschwebt, würde die Stellung der Monarchie in Europa schwächen.

Paris, 14. Dez. Dem „Gaulois“ zufolge, hat der Kriegsminister mit Turbin, der seiner Zeit auf Grund des Spionagegesetzes verurtheilten Erfinder des Melinitt, einen Vertrag abgeschlossen, nach welchem Turbin sich verpflichtet, alle seine Erfindungen gegen Bezahlung bedeutender Honorare der französischen Regierung zu überlassen. Das Kriegsministerium habe sich verpflichtet, Turbin zur Erleichterung seiner Arbeiten und Forschungen während dreier Jahre alle Artilleriegeheimnisse mitzutheilen.

London, 13. Dez. Unterhaus. Cranborne erklärt, Canada sei gegenwärtig auf den deutschen Märkten von der Behauptung als meistbegünstigte Nation ausgeschlossen. Die Regierung bebaure dies, aber da zwischen Deutschland und England kein Handelsvertrag bestehe, könne Deutschland die Tarife nach Belieben regulieren. Die englische Regierung lege dieser Frage sehr große Bedeutung bei. — In zweiter Lesung wurde die Nachtragsforderung für den Krieg angenommen.

Madrid, 14. Dez. Nach einer sehr lebhaften Debatte über die beabsichtigte Deirath der Prinzessin von Asturien mit dem Grafen Cajeta nahm die Kammer gestern die Beratung der Vorlage, betreffend das Abkommen mit den Besitzern der äußeren Schuld, wieder auf.

Lissabon, 13. Dez. Der portugiesische Gesandte im Haag traf heute hier ein.

St. Petersburg, 14. Dez. Der „Regierungsbote“ veröffentlicht eine Depesche des Ministers des Kaiserlichen Hauses, Baron Frederics, worin Seine Majestät der Kaiser seinen Dank ausdrückt für

die überaus zahlreich eingegangenen Beweise der Liebe, Ergebenheit und Theilnahme anlässlich seiner Erkrankung.

Washington, 13. Dez. Der Senat nahm mit 65 gegen 17 Stimmen den Änderungsantrag Davis zum Day-Panaceote-Vertrage an, der für Kriegszeit Amerika die Kontrolle über den Nicaragua-Kanal sichert und somit die Neutralitätsbestimmung aufhebt, die in dem ursprünglichen Vertragsentwurf enthalten war.

London, 14. Dez. Lord Ritchener meldet: Die Buren haben die Orte Lichtenburg, Bethlehem, Prede und Brvhheid angegriffen, indessen ohne Erfolg. Vor Lichtenburg wurde General Lemmer getödtet.

London, 14. Dez. Lord Ritchener meldet aus Prätoria: Die Streitmacht des General Clements wurde bei Tagesanbruch des 13. auf dem Magalies-Berge von dem 2500 Mann starken Kommando unter Delarey und Beyer angegriffen. Clements zog sich nach Gephooort zurück. Fünf englische Offiziere wurden getödtet. Die übrigen Verluste sind unbekannt.

London, 14. Dez. Zur Meldung Lord Ritchener's über den Angriff Delarey's und Beyer's auf General Clements wird noch berichtet: Der erste Angriff der Buren wurde zurückgeschlagen, es gelang den Buren indessen, den Gipfel des Magaliesberges zu nehmen, der von vier Kompanien Northumberland-Füsiliers verteidigt wurde. Die Buren beherrschten somit das britische Lager und General Clements zog sich zurück. Der Kampf war sehr heftig. Ein Oberst und drei Hauptleute wurden getödtet. Verstärkungen sind sofort von Prätoria abgegangen. Die Brigade Broadwood stand im Norden, sieben Meilen von der Position Clements entfernt.

Ferstdedenes.

† Aus der Pfalz, 14. Dez. Zwischen Lauterburg und Langentandel wurde bei Tiefbohrungen nach Petroleum eine mächtige Gassquelle erbohrt, die sich im Ru entzündete und den 20 Meter hohen Borturm in Brand setzte. Seitdem steigt unter starkem Brausen eine mehrere Meter hohe Feuerfäule auf, die man noch nicht löschen konnte. Es besteht die Hoffnung, daß bald reiche Petroleumquellen erschlossen werden dürften. Es ist schon einiges Petroleum aus der Bohrung geflossen. Aus nah und fern eilen Leute herbei, um sich das eigenartige Schauspiel anzusehen.

Stand der Badischen Bank

am 7. Dezember 1900.

Aktiva.	
Metallbestand	5 258 044 M. 55 Pf.
Reichsassenheime	22 240 „ — „
Noten anderer Banken	221 900 „ — „
Wechselbestand	24 098 402 „ 74 „
Lombardforderungen	567 840 „ — „
Geffekten	56 246 „ 23 „
Sonstige Aktiva	2 861 047 „ 87 „
	33 085 720 M. 89 Pf.
Passiva.	
Grundkapital	9 000 000 M. — Pf.
Reservefond	1 879 107 „ 08 „
Umlaufende Noten	15 443 500 „ — „
Täglich fällige Verbindlichkeiten	5 452 377 „ 56 „
An Kündigungskfrist gebundene Verbindlichkeiten	— „ — „
Sonstige Passiva	1 310 736 „ 25 „
	33 085 720 M. 89 Pf.

Die weiter begebenen, noch nicht fälligen deutschen Wechsel betragen 1 012 106 M. 22 Pf.

Die Direktion der Badischen Bank.

Großherzogliches Hoftheater.

Spieldplan.

Im Hoftheater Karlsruhe.

Samstag, 15. Dez. Abt. C. 22. Ab.-Vorst. (Kleine Preise.) „Der Zugenbuh“ Lustspiel in 4 Akten von R. Stowronski. Anfang 7 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hyd. vom 14. Dez. 1900. Die Depression, welche gestern im Norden der britischen Inseln erschienen war, ist zwar bis zur nordwestlichen Küste weiter gezogen, doch hat sie ihren Wirkungsbereich bis zu den Alpen herab ausgedehnt, weshalb am Morgen in ganz Deutschland mildes und regnerisches Wetter herrschte. Das rasche Steigen des Ortsbarometers läßt erkennen, daß sich der hohe Druck, dessen Kern über Südfrankreich und den Pyrenäen liegt, von dort her ausbreitet; es ist deshalb wieder neblig oder heiteres und etwas kälteres Wetter zu erwarten.

Witterungsbedingungen der Meteor. Station Karlsruhe.

Dezember	Barom. mm	Therm. in C.	Abf. feucht. in mm	Reuchf. seit in Dez.	Wind	Wimmel
13. Nachts 9 ⁰⁰ U.	758.8	0.8	4.7	96	SW	bedeckt
14. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	761.6	4.4	6.0	97	„	„
14. Mittags 2 ⁰⁰ U.	764.0	6.6	6.6	91	„	wolfig

Höchste Temperatur am 13. Dezember: 4.4; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 0.4.

Niederschlagsmenge des 13. Dezember: 0.6 mm.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 14. Dez.: 4.11 m, gefallen 21 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

Schwarze Seid.-Robe Mk. 13.80

und höher! — 12 Meter — porto- und zollfrei zugefandt! Muster zur Auswahl, ebenso von schwarzer, weißer und farbiger „Gemeberg-Seide“ für Blousen und Roben, von 85 Pf. bis Mk. 18.65 p. Met. — Eigene Fabrik auf deutschem Zollgebiet.

Zur Acht, wenn direkt von mir bezogen!

G. Henneberg, Seiden-Fabrikant, Zürich.

Königl. und Kaiserl. Hoflieferant.

Neuheiten

in Regen- u. Sonnenschirmen

empfehle als praktisches Weihnachts-Geschenk

Grosse Auswahl. in bester Ausführung. Billigste Preise.

W. Kretschmar, Hof-Schirmfabrikant,

vormalis C. Wohlschlegel, Kaiserstraße 82a.

Ludwig Bertsch, Hofjuwelier

Kaiserstrasse 163 Karlsruhe Kaiserstrasse 163

Prämirt: Chicago 1893, Strassburg 1895, Paris 1900

empfiehlt sich zum

Umarbeiten alter Schmuckstücke

nach modernen Vorlagen.

Anfertigung von Gold- und Silberarbeiten

jeder Art. 3-641.2

Monogramme in Gold und Silber

in feinsten Ausführung.

Billige Preise. Eigene Werkstätte.

Altes Gold und Silber nehme in Gegenrechnung.

Großherzoglich Badische Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse.

Die Tilgung der 3 1/2 prozentigen Eisenbahnanlehen von 1880 und 1886 betreffend.

Zufolge der heute stattgehabten Ziehungen werden folgende Schuldschreibungen auf 1. Juli 1901 zur Heimzahlung gekündigt.

A. In XX. Ziehung vom 3 1/2 % Anlehen des Jahres 1880
je 173 Stück Lit. AA., A., B., C., D., E. zu 3000 M., 2000 M., 1000 M., 500 M., 300 M., und 200 M.

Nr. 199, 236, 262, 317, 347, 364, 483, 588, 608, 687, 719, 766, 782, 829, 907, 1028, 1088, 1108, 1169, 1172, 1504, 1526, 1640, 1666, 1677, 1719, 1892, 2125, 2126, 2201, 2208, 2209, 2252, 2381, 2416, 2628, 2827, 2961, 3002, 3070, 3090, 3106, 3162, 3206, 3307, 3386, 3562, 3577, 3612, 3682, 3717, 3719, 3778, 3951, 4176, 4191, 4275, 4339, 4628, 5041, 5117, 5161, 5201, 5215, 5253, 5269, 5341, 5471, 5480, 5588, 5600, 5758, 5927, 5992, 6051, 6053, 6081, 6160, 6204, 6814, 6846, 6859, 6907, 6921, 7007, 7043, 7087, 7127, 7167, 7290, 7491, 7534, 7552, 7570, 7575, 7576, 7647, 7709, 7747, 7796, 7850, 7887, 7905, 7918, 7973, 8017, 8071, 8081, 8127, 8131, 8171, 8183, 8264, 8378, 8401, 8417, 8445, 8466, 8506, 8542, 8574, 8655, 8698, 8728, 8729, 8763, 8795, 8797, 8844, 8962, 9106, 9148, 9254, 9352, 9479, 9488, 9497, 9521, 9633, 9671, 9776, 9813, 9875, 9989, 10082, 10313, 10394, 10420, 10623, 10747, 10750, 10799, 10811, 11015, 11104, 11119, 11200, 11244, 11287, 11303, 11376, 11415, 11554, 11586, 11609, 11641, 11701, 11907, 11995, 12140, 12197, 12307, 12449.

B. In VI. Ziehung vom 3 1/2 % Anlehen des Jahres 1886
je 13 Stück Lit. AA., A., B., C., D., E. zu 3000 M., 2000 M., 1000 M., 500 M., 300 M. und 200 M.

Nr. 497, 548, 847, 1017, 1023, 1076, 1149, 1178, 1338, 1406, 1463, 1614, 1660.

Vorstehende, unter A. und B. genannte Schuldschreibungen werden mit dem Nennwert heimbezahlt und von dem Zahlungstermin an nicht mehr verzinst.

Die Zahlung geschieht vom Heimzahlungstermin ab bei der unterfertigten Kasse sowie bei den anderen hiezu verpflichteten Großherzoglichen Staatskassen, ferner in Frankfurt a. M. bei M. v. Rothschild & Söhne und in Berlin bei der Direktion der Diskontogesellschaft gegen Rückgabe der betreffenden Schuldschreibungen mit den dazu gehörigen noch nicht verfallenen Zinscheinen nebst Zinscheinanweisungen.

Auf Verlangen wird der Kapitalbetrag mit den bis zum Zahlungstage sich berechnenden Stückzinsen bei den hiezu verpflichteten Großherzoglichen Staatskassen schon vom 2. Januar 1901 ab ausgefolgt.

Noch im Auslande befindliche Schuldschreibungen aus früheren Verlosungen.

A. Anlehen von 1880.

Lit. AA. zu 3000 M. Nr. 867, 1126, 2799, 8383, 8591, 8637, 9684, 12081.

Lit. A. zu 2000 M. Nr. 52, 754, 2311, 7950, 8484, 8637, 9992, 12288.

Lit. B. zu 1000 M. Nr. 535, 627, 778, 882, 1310, 2862, 7592, 7954, 11259, 12268.

Lit. C. zu 500 M. Nr. 56, 476, 867, 1027, 1881, 2009, 2631, 4717, 5859, 7830, 8111, 8560, 8591, 9812, 10194, 10658, 10976, 11043, 11184, 11280, 12288.

Lit. D. zu 300 M. Nr. 1462, 3112, 3189, 4457, 5271, 5333, 6032, 6412, 6474, 6631, 7335, 8226, 8383, 8726, 9992, 10259, 10494, 11043, 11264, 11746, 11791, 12081.

Lit. E. zu 200 M. Nr. 115, 627, 754, 918, 1529, 2212, 2270, 3057, 3633, 3965, 4039, 4156, 4164, 4430, 4591, 4717, 5271, 5817, 5580, 5993, 6574, 6881, 7942, 8177, 8560, 9076, 10399, 11259, 12139, 12313.

B. Anlehen von 1886.

Lit. B. zu 1000 M. Nr. 1829.

Lit. C. zu 500 M. Nr. 735.

Lit. E. zu 200 M. Nr. 937.

Durch richterliches Urtheil für kraftlos erklärt sind die nachgenannten Schuldschreibungen:

Anlehen von 1880.

Lit. AA. zu 3000 M. Nr. 2655.

Lit. A. zu 2000 M. Nr. 8559.

Lit. B. zu 1000 M. Nr. 10675.

Lit. C. zu 500 M. Nr. 5483, 5488, 5489, 8675, 9806.

Lit. D. zu 300 M. Nr. 10666, 10667, 10671.

Ferner befindet sich die für kraftlos erklärte Schuldschreibung Lit. E. zu 200 M. Nr. 9296, deren Kapitalbetrag infolge Kündigung bereits bezahlt ist, noch im Umlauf.

Karlsruhe, den 6. Dezember 1900.

Groß. Eisenbahnschuldentilgungskasse.

© 511er. 3-848

3-692.2

Großherzog Friedrich von Baden.
Herausgegeben von Dr. R. Krone
Statistischer Band
Mit Porträt
Nr. 6. —
Zu künstlerischem Prachtband Nr. 7.50
Zu allen Buchhandlungen.
Verlag Paul Wachtel,
Freiburg i. B. u. Leipzig.
3-718.3

Bekanntmachung.

Die Stelle eines **Rathschreibers** ist sofort zu besetzen. Bewerber, welche in Verwaltungssachen durchaus bewandert sein müssen, wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse und Angabe der Verdienste, den 11. Dezember 1900. Der **Gemeinderath**: Schurt. Weisbrod. 3-800.2

Bürgerliche Rechtsfreie.

3-741.2. Nr. 13870. Kenzingen. Der minderjährige Alfred Lederle, uneheliches Kind der ledigen Frieda Lederle von Endingen, vertreten durch den Vormund Meister Franz Lederle in Endingen, klagt gegen den Eisenbahnbedienten Traugott Hopp von Gröb, früher zu Endingen, jetzt an unbekanntem Ort, aus Ernährungsbeitrag auf Grund des Gesetzes vom 21. Februar 1851, mit dem Antrage auf kostenfällige, vorläufig vollstreckbare Verurteilung des Beklagten zur Ernährungsverpflichtung des Klagen Kindes ein wöchentliches, vierteljährlich vorauszahlbares Ernährungsbeitrag von 1 M. 50 Pf., von dessen Geburt ab, d. i. 28. Dezember 1899 bis zum vollendeten 14. Lebensjahre an den Klagen Theil zu zahlen, und laßt den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Gr. Amtsgericht zu Kenzingen auf Dienstag den 29. Januar 1901, Nachmittags 2 Uhr. Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht. Kenzingen, den 4. Dezember 1900. Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts: Boss. 3-433.3

Geschäftliche Mittheilung.

Die direkte und alleinige Vertretung meiner Flügel und Pianinos für Karlsruhe und Umgebung befindet sich seit Jahren nur bei Herrn Hoflieferant **Schwelsgut** daselbst, in dessen Magazine stets eine größere Anzahl meiner Fabrikate aufgestellt ist. 3-433.3
Leipzig, im November 1900.

Julius Blüthner,

ggl. sächs. Hof-Pianofortefabrik.

Weihnachtskerzen

in reinem Wachs, sowie billigere Sorten, das Neueste in **Christbaumschmuck**: Engel, Christbaumschnee, Watte, Engelshaar, Lichterhalter, verzierete u. einfache Renaissance-Wachskerzen, gemalte Stearin-Lüstre-Kerzen empfiehlt 3-494.2
Luise Wolf, Witwe,
4 Karl-Friedrichstraße 4.
Niederlage von F. Wolff & Sohn

Weihnachtsstollen!

berendet in vorzüglicher Qualität von 3 M. an franko. Bestellungen werden reell und pünktlich ausgeführt.
Rob. Dutzauer,
Conditorei u. Café,
Hof in Bayern.
Lieferant hoher Herrschaften.

Gehilfen-Gesuch.

Bei der Stadtverwaltung Mannheim sind thuntlichst bald folgende Stellen zu besetzen:
Zwei Schreibstellen durch jüngere Gehilfen; Gehalt 840—1200 M. je nach Alter und Leistungsfähigkeit; ferner eine Bureaugehilfenstelle durch einen im Bureaudienst durchaus bewanderten Gehilfen; Gehalt 1200 bis 1500 M. je nach Befähigung. Bei Ernennung im Dienste ist später Einweisung des Anhabers letzterer Stelle in den Gehaltsstuf nicht ausgeschlossen. Für sämtliche Stellen gefällige Handschrift unerlässlich. Gehaltsansprüche sind anzugeben und die Bewerbungen mit Lebenslauf sowie Zeugnissen, von nicht im öffentlichen Dienste Befindlichen auch mit Leumundzeugnissen zu delegen. 3-813.2
Mannheim, den 10. Dezember 1900. Bürgermeisteramt.

Maschinenfabrik in Mannheim sucht jüngeren **Calculator,**

der schon in ähnlicher Stellung mit Erfolg thätig war, zu baldigem Eintritt. Offerten mit Angabe der bisherigen Thätigkeit, des Alters, der Gehaltsansprüche, sowie der Eintrittszeit unter **F. 876** an die Exped. d. Bl. erbeten. 3-848

Großherzoglich Badische Eisenbahnen

Mit Gültigkeit vom 15. Dezember l. J. wird für rohe Gypssteine im Verkehr zwischen Neckarstammern und Sträßheim b. Heidelberg ein ermäßigter Frachttarif unter den für den Ausnahmetarif 4c bestehenden Bedingungen eingeführt. Nähere Auskunft erteilen die Stationen.
Karlsruhe, den 11. Dezember 1900. Großh. Generaldirektion.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen

Mit Gültigkeit vom 15. Dezember l. J. wird für rohe Gypssteine im Verkehr zwischen Neckarstammern und Sträßheim b. Heidelberg ein ermäßigter Frachttarif unter den für den Ausnahmetarif 4c bestehenden Bedingungen eingeführt. Nähere Auskunft erteilen die Stationen.
Karlsruhe, den 11. Dezember 1900. Großh. Generaldirektion.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen

Mit Gültigkeit vom 15. Dezember l. J. wird für rohe Gypssteine im Verkehr zwischen Neckarstammern und Sträßheim b. Heidelberg ein ermäßigter Frachttarif unter den für den Ausnahmetarif 4c bestehenden Bedingungen eingeführt. Nähere Auskunft erteilen die Stationen.
Karlsruhe, den 11. Dezember 1900. Großh. Generaldirektion.